

Segnung und Zerstörung mit einem brutalen Federstich durch-
zuziehen, bringt die „linke“ Leipziger Volkszeitung am
offenkundigen Programm der „linken“ SPD-Führer Sachens zum
Ausdruck:

„Nicht alle März sind vorbei, so sagt der Dichter.
Jetzt droht ein März der Konterrevolution. Dar-
um gilt es, den Mut zur Unpopularität durchzuhalten,
bis durch die Entwicklung eine Revolution der sozialdemokra-
tischen Taktik möglich wird.“

Es lebe der März der Konterrevolution, die Aufstufung des
deutschen Imperialismus, der Terror der braunen Mordpest, der
Dünge-Etat Brüning's — die SPD besitzt den Mut zur „Un-
popularität“ und wird mitmachen. Der „Revolutions“ der
„linken“ SPD-Führer besteht darin, die Arbeiter zu begannen
und, wenn die Zeit gekommen ist, eine Revolution der sozial-
demokratischen Taktik möglich zu machen.

Das ist die Politik der „linken“ SPD! Wie sie am 3. De-
zember von der Scheinopposition gegen Brüning zum Ver-
trauensvotum für Brüning überging, wird sie auch in den
nächsten Tagen im Reichstag den Brüning-Etat verabschieden.
Das Zentralkomitee unserer Partei bezeichnet in seiner Resolu-
tion zur politischen Lage die Masse der SPD-Führer als die
einer Hilfepolizei des Faschismus, wobei es die
„linken“ SPD-Führer als die gefährlichsten Feinde im Lager
der Arbeiterklasse brandmarkt. Ist es nicht offensichtlich, daß
jeder Kampferzug gegen die „Linken“, jeder Verzicht, die so-
zialdemokratischen Arbeiter über die verbrüderliche Rolle der
„Linken“ aufzuklären, ein schweres Vergehen am Inter-
esse des Proletariats bedeutet? Erkennen nicht die sozial-
demokratischen Arbeiter jetzt, daß die Einheitsfront gegen den
Faschismus unter Führung der Edel und Seidewitz eine
Einheitsfront mit dem Faschismus und seinem
Tilstratubinet Führung ist?

Wie die Nazis das Volk betrügen

Von Walter Stöcker

Folgende Tatsachen gilt es, den irreführten Anhängern
der Nazis überall bekannt zu machen:

Wie heute haben die Nazis im Reichstag in all den Jahren
(1921 bis 1931) nicht einen einzigen Antrag zur Besserung der
Lage der Erwerbslosen eingereicht. Im Gegenteil: Fried und
Fragen stimmten im Reichstag für den Raub an den Erwerbs-
losen und die Herabsetzung der Unterhaltungen und die kommuni-
stischen Anträge auf behaltene Besserung der Erwerbslosen
wurden von allen 107 Nazis am 9. Dezember 1930 im Reichstag
miederkümmert.

Wie heute haben die Nazis im Reichstag nicht einen einzigen
Antrag auf Beseitigung der Herabsetzung all der ungeheuerlichen
Wahlentzerrungen eingereicht, die die Arbeiter und Mittelständler
bis zum letzten ausplündern zwecks Durchführung der Young-
Politik. Im Gegenteil: im Reichstag stimmten Fried und Fran-
zen ausdrücklich für die Kopfsteuer, Vermögenssteuer, Biersteuer,
Tabaksteuer usw., und am 8. Dezember 1930 stellte die Nazi-
Fraktion sich im Reichstag schuldig vor die Bank- und Börsen-
krisen und stimmte gegen den Milliardensteuerantrag der
Kommunisten.

Wie heute haben die Nazis nicht einen einzigen Antrag im
Reichstag eingebracht zur Besserung der Lage der Invaliden,
Kriegsbeschädigten, Altersrentnern, Witwen, Waisen und Kran-
ken. Im Gegenteil: die Vertreter der Nazi-Regierungen in
Thüringen und Braunschweig stimmten im Reichstag dem Vier-
Milliarden-Raub Kürzungen, der Krankenkassen, der Arbeits-
gebühren und den ungeheuerlichen Kürzungen der Sozialaus-
gaben ausdrücklich zu, und die Nazi-Fraktion schied am 8. De-
zember alle kommunistischen Anträge auf Ausbau der Kranken-
versicherung ausdrücklich ab.

Wie heute hat die Nazi-Fraktion im Reichstag nicht einen
Antrag auf Beseitigung der Brüning'schen Hunger- und Jollpolitik
eingebracht. Im Gegenteil: die Nazis brachten zahlreiche An-
träge auf Verschärfung des Zollwunders und Hungerkurles gegen
die Verfallenen ein: sie beantragten Erhöhung der Zölle und
Preise auf Roggen, Weizen, Schmelzblei, Antermitte, Zucker,
alle Süßfrüchte und Holz etc. Allen Forderungen mit ihrer
Bunnenanweisung in den letzten Jahren haben die Nazis
zustimmt.

Wie heute hat die Nazi-Fraktion im Reichstag nicht einen
einzigen Antrag auf Einstellung der unerhörten Subventions-
politik an Großindustrie und Großhandel eingebracht. Im
Gegenteil: sie stimmte für die Millionen-Subventionen an die Groß-
grundbesitzer und beantragte am 22. Januar 1931 ausdrücklich,
7 Millionen dem Mansfeld-Konzern, d. h. dem Großindustri-
er Otto Wolff, zu bewilligen, was dann auch mit ihren Stimmen
beschlossen wurde.

Wie heute haben die Nazis im Reichstag keinen Antrag gegen
den Lohnraub und die Hungerlöhlsprüche auf Senkung der
Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten
eingebracht. Im Gegenteil: die Nazi-Regierungen in Thüringen
und Braunschweig haben im Reichstag die Hunger- und Lohn-
abbaupolitik Brüning's ausdrücklich gebilligt.

Wie heute hat die Fraktion der Nazis keinen Antrag gegen
die Mietersperrungen der Arbeiter und Generale eingebracht: im
Gegenteil: sie schied am 9. Dezember durch ihren Redner
ausdrücklich für die Mietersperrungen ein. Im Haushaltsaus-
schuß des Reichstages bewilligte die Nazis ausdrücklich die Mieters-
gehälter an Hindenburg von 188 000 Mark, des Justiz- und Weis-
schaftsministers von je 24 000 Mark.

Wie heute hat die Nazi-Fraktion noch keinen Antrag für die
werkstätten Mieter und gegen die arbeitserfindliche Brüning'sche
Wohnungspolitik eingebracht. Im Gegenteil: die kommunistischen
Anträge gegen den Mietwucher und für Herabsetzung der Mieten
wurden von der Nazi-Fraktion niederkümmert. Fried und Fran-
zen stimmten im Reichstag für die Drückung des Wohnungs-
baues und für den Abbau des Mieterlohnes.

Wie heute hat die Nazi-Fraktion, entgegen all ihren Wohl-
versprechungen, keinen Antrag auf Einstellung der Young-
politik, auf Herabsetzung des Youngpactes eingebracht. Im Gegenteil:
Am 29. Oktober bewilligte sie den kommunistischen Antrag auf Ein-
stellung aller Youngzahlungen in einer Front mit den Young-
parteiern zu sein, indem sie sich der Stimme enthielt! Und Fried
und Franzen stimmten im Reichstag ausdrücklich für die 1,8 Mil-
liarden Youngtribut!

Bei fast allen diesen arbeitserfindlichen Bestimmungen han-
den die Nazis in einer Front mit den Truhfern, den Bank-
und Börsenräubern gegen das werktätige Volk, in einer Front
mit den Youngparteiern zur Durchführung der räuberischen Young-
politik, in einer Front mit den Sozialdemokraten, mit denen sie
gemeinlich das Großkapital vor dem Ansturm der Arbeitermassen
zu schützen haben.

So gehen sich die Nazis in ihrer praktischen Politik immer
weiter als die faschistischen Agenten des Finanz- und Young-
kapitals zur Niederhaltung der werktätigen Massen, zur Durch-
führung der brutalen Klassenausplünderung, Wucher- und
Hungerpolitik der Truhfern, Banken und Börsen gegen das
arbeitende Volk.

(Diese Ausführungen entsprechen mit der ausgeführten
Kantonschleusen-Kammer des „Roten Arbeiter“.)

Das rote Berlin schwört:

„Rache für unsere gemordeten Brüder!“

Riefengeleit für die gemordeten Genossen / 3K der Partei mit Genossen Thälmann
an der Spitze / SPD-Arbeiter im Zug / Hunderttausende bilden Spalier / Schmach
über die Volkseissozialisten!

Berlin, 7. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Das rote Berlin gab gestern den beiden von den National-
sozialisten ermordeten Genossen Otto Schürberg und Max
Schirmer das letzte Geleit. Die Trauerdemonstration wurde
zu einem gewaltigen Kampfmarsch der roten Ein-
heitsfront, wie ihn Berlin kaum je gesehen. Viele Hund-
tausende, voran die Kolonnen des Kampfbandes gegen den
Faschismus, marschierten mit erhobenen Fäusten. Viele Hun-
derttausende hielten mit geballten Fäusten in den Straßen Spa-
lier. Stundenlang dauerte der Vorbeimarsch des Zuges.

an dessen Spitze das Zentralkomitee mit
Genossen Thälmann.

Die Begleitkette und die Reichstagsdelegation der
KPD marschierten. Unzählige die Kranzdelegationen, die die
Berliner Arbeiterklasse entsandt hatte. Zahlreiche Betriebs-
belegungen marschierten im Zuge.

SPD-Mitglieder demonstrieren offen
mit Abzeichen

Im Zuge der roten Einheitsfront. Viele tausende sozial-
demokratische Arbeiter hielten an den Vorbeimarsch der
Straßen Spalier, die Mägen in den erhobenen Fäusten, und
stimmten mit ehrlichem proletarischem Jern in den Ruf:
„Rache für unsere gemordeten Brüder!“ Ein Einzige Volkseis-
sozialisten des Ganges und der Kampfbereitschaft ging durch die
Straßen des roten Berlin, die in den letzten Tagen auch durch
die Betriebe, Stempelhallen und Mietsozialisten drante. Dieser
Jern des werktätigen Berlin gegen Goebbels Mörder-
partei fand seinen Ausdruck in der Rede des Genossen Hermann
Kammer, an der Bahre der beiden ermordeten Kameraden
im Krematorium. Auf den Schultern von KPD-Kameraden war-
den die Särge, rot ausgeschmückt, getragen. Genosse Kammer
sagte:

„Wir nehmen Abschied von zwei der tapfersten Sol-
daten der Revolution. Beide Genossen gehören zu jener
Generation, die erfüllt mit Kampfesmut, gewillt ist, ihr teuer-
stes, was es im Proletariat gibt, ihr Leben, einzusetzen im Kampf
gegen das kapitalistische System. Einer von ihnen ist gekümmert
mit dem Abzeichen des kämpfenden Proletariats, das jedem
Arbeiter heilig ist, mit dem Abzeichen des KPD. Im
ersten Monat des Jahres 1931 sind bereits 18 Proleta-
rier im Kampfe gefallen. Diese

Kommunistischer Ruf von der Reichstagstribüne:

Sozialdemokratische Arbeiter, zu uns!

Kämpft mit in der roten Einheitsfront gegen die Brüning-Diktatur, gegen den Lohn-
abbauminister Staerwald, gegen den Hungerminister Schiele!

Berlin, 6. Februar. (Eig. Bericht.)

Auf der Freitagsagung des Reichstages hielt die Fortsetzung
der Debatte zum Regierungsprogramm nach letzten Erweiterungen
des Staatsparteiern T. Stolper nimmt das Wort für die
kommunistische Fraktion

Genosse Neubauer:

Ich weiß nicht, woher der Abgeordnete Dr. Stolper den Mut
nimmt, das kapitalistische System zu verteidigen. 20 Millionen
Erwerbslose gibt es schon auf der Welt, die Hoffnungslosig-
keit der Kapitalisten nimmt immer größeren Ausmaß an. Es
gibt auf der Welt keinen Kapitalisten, der sich nicht mehr
der einen Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise suchen kann.
In ihrer Hoffnungslosigkeit suchen sie jetzt die Kapitalisten in den
Nationalstaaten eine Bürgerkriegsgruppe, die zwar vom Gang
der politischen Wirtschaft keine Ahnung hat, aber dennoch
zur Erhaltung dieser Gesellschaft einigepenn ist. Die führenden
Herren der Schwereindustrie und des Finanzkapitals,
die Herren Schwart und Thälmann, geben ihre Sympathie zu
den Nationalsozialisten offen kund.

Wenn gestern Herr Brüning plötzlich auf die parlamentarische
Verabschiedung des Etats einen solchen „Wert“ legt, so heißt das
keineswegs, daß Brüning auf die Durchführung der
faschistischen Diktatur verzichtet. (Sehr wahr!) Bei den Kommu-
nistinnen) Die Antikommunisten in Paris, Kairo und
London sollen zu einem Abbruch gebracht werden. Das Ge-
schehen aber nur in die Taten der deutschen Faschisten. Für die
deutschen Proletarier macht die Brüning-Regierung die
Schlinge, die immer tiefer um den Hals der Hungernden zu-
sammengezogen wird. (Sehr wahr! d. Komm.) Um 300 Mil-
lionen sollen jetzt die Unterhaltungsätze bei den Er-
werbslosen, die jämmerlichen Renten der Kriegs-
beschädigten, die Renten der Witwen und Waisen und der Altersrentner
gelöst werden. Die Schwerindustrie, die Herren vom Finanz-
kapital, können lachen. Ich habe genau zugehört, die Sozialdemo-
kraten haben nichts versprochen bekommen. (Sehr wahr! bei den
Kommunisten.) Herr Brüning weiß, diese Leute schlafen alles,
was man ihnen vorlegt. Aber ich frage Sie meine Herren Sozial-
demokraten: Glauben Sie, daß auch die sozialdemokratischen Ar-
beiter eine Liebe zur Brüning-Regierung empfinden? Schrieb die
sozialdemokratische Presse nicht selbst, daß Stegerwald der Lohn-
abbau in Höhe und daß Schiele der Mann ist, der das Brot
verzehrt? Aber sind nicht diese Minister im Amt nur darum,
weil sie von den sozialdemokratischen Führern gekürt werden?
(Sehr wahr! d. Komm.) Die Sozialdemokraten sind voll ver-
antwortlich für alle Schandentaten der Brüning-Regierung gegen
das werktätige Volk. Sie sind auch voll verantwortlich für die
kommende verheerende Durchführung der faschistischen Diktatur durch
diese Brüning-Regierung. (Sehr wahr! und Danksagungen bei
den Kommunisten.)

Wir richten einen Appell an alle sozialdemokratischen und
parteilosen Arbeiter. Die genau so hungern wie die kommunisti-
schen Arbeiter und Erwerbslosen, die den Stegerwald'schen Lohn-
abbau täglich erdulden müssen, die unter der mörderischen Wirtschaft-
krise des kapitalistischen Systems zugrunde gehen. Wir rufen ihnen
zu: Her zu uns, her zu den Kommunisten, die den täglichen Kampf
der Arbeiter gegen Hungerlöhne und gegen Faschismus führen.
Her zu uns! Nicht nur ein in die große Masse, die das mar-
kistische System kürgen wird, damit endlich alle Werktätigen
zu Brot und Freiheit gelangen. (Stürmischer Beifall und Danks-
sagungen bei den Kommunisten.)

Nach einem Intermezzo des Zentrumsabgeordneten Joss mit
den Nationalsozialisten erklärte Genosse Stöcker von der
Reichstagstribüne, daß die kommunistische Fraktion sich nicht mehr
an den heutigen Weiterbestehen beteilige, sondern geschlossen
an dem Kampfmarsch der Berliner Arbeiter aus Anlaß der
Beerdigung der letzten Kameraden des Goebbels-Faschismus teil-
nehmen.

Daraufhin verließ die kommunistische Fraktion geschlossen den
Sitzungsaal.

18 Tote sind noch nicht gezählt.

Über wer das viertausendstimmige „Rache!“ während des Trauer-
zuges gehört hat, der weiß, daß die Horde bereit ist ihre Sch-
haden, die geloben an der Bahre der beiden gemordeten Ge-
nossen, nicht zu ruhen und zu rasten, bis wie abgerichtet
haben mit dem faschistischen Mörderpaar. Wir ehren das Ge-
denken der Toten, indem wir in ihrem Geist weiter kämpfen bis
zum Siege der Arbeiterklasse über ihre Ausbeuter und Unter-
drücker.“

Herr Engelmann hatte sich eingebildet, durch Verhinderung
eines großen Teiles der Demonstration nach abgelegtem Zeichen
den wichtigen Vorbeimarsch verhindern zu können. Er hat sich tie-
flich verrechnet. Aber eine unaufrichtige Schwach für die Re-
publik-Partei wird es bleiben, daß faschistische Polizei unter Füh-
rung eines sozialdemokratischen Polizeihauptmannes
zweimal die lurchbarsten Kräfte direkt am Wege durch-
führte und die Fackeln an den Särgen unter überhitzten Füh-
rer der Verammelten auslöschten. Es blieb Herrn Engelmann's Politik
vorbehalten, diese Schmach unserer Toten in den Straßen des
roten Berlin zu liefern. Aber kein Volkseterror, keine Schmach
ist imstande, den wichtigen Kampfmarsch abzuschneiden. Die
Front des werktätigen Marxismus geht zum Ansturm über. Mit
der faschistischen Mordpest wird Schluß gemacht.

Kleiner Belagerungszustand zum Schutz der Faschisten

Stuttgart, 7. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Nachdem seit Tagen die faschistische Presse das Verbot der
kommunistischen Demonstrationen und Kampfbündnisse forderte, hat
der Stuttgarter Polizeipräsident wegen „unmittelbarer Gefahr
für die öffentliche Sicherheit“ die von der kommunistischen Partei
angeleitete Demonstration, die sich gegen die No-Brot-Liste richtete,
boten. Das ganze Verbot stellt einen unerhörten Willkür-
akt gegen die revolutionären Arbeiterkraft dar. Es zeigt, daß
die Faschisten offen die Nazis hüten. Diese Verbot zeigen den
Erfolg der Situation und ermahnen die Arbeiterklasse, noch mehr
als bisher sich im wehrhaften Kampf des Proletariats in der
roten Einheitsfront zusammenzuschließen. Der Reichstag hat
Stempelhallen eine Gruppe des Kampfbandes gegen den Faschi-
mus. Überall überall die Fackeln des Kampfbandes durch
Wahl Aktionskomitees!

Städtische Forderungen 20 Prozent Gehaltsabbau

Hamburg, 7. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Angestelltenrat der Vereinigten Stahlwerke
wurde durch den Direktor Scher davon in Kenntnis gesetzt, daß
das Werk bis zum 28. März stillgelegt werde, wenn die mit
20 Prozent Gehaltsabbau einverstanden wäre. Die Angestellten
forderten darüber eine geheime Abstimmung. Es ist klar, daß
man mit einer geheimen Abstimmung den Kampf
gegen Massenentlassungen und Lohnabbau nicht führen kann.
Die Angestellten und Arbeiter müssen in einheitlicher
Front unter Führung der KPD über die Rühle der sozialdemo-
kratischen Gewerkschaftsbürokratie hinweg den Kampf gegen die
ungeheuren Maßnahmen organisieren.

Der Lohnraub an den Bauarbeitern

Berlin, 7. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Verhandlungen, die für den 5. und 6. Februar im Reichs-
arbeitsministerium über den Abschluß eines neuen Reichsge-
setzes für hoch, Beton- und Tiefbauarbeiter geführt wurden,
haben sich jetzt gelagert, weil die Unternehmer über den
Reichslohnbauvertrag hinaus gleichzeitig die Löhne in den ver-
einzelten Betrieben abbauen wollten. Dies wurde von den Ver-
tretern der freien Gewerkschaften abgelehnt. Die Gewerkschafts-
bürokraten sind selbstverständlich nicht gegen einen Lohnraub ver-
gangen. Nur die Bauarbeiter selbst unter der Führung der
KPD können den drohenden Lohnraub verhindern.

Faschistenpad mit Jugendbewegung erkunden

Berlin, 7. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Vor dem Gericht in Göttingen fand gestern der Prozeß ge-
gen die finnische Arbeiterjugend statt. Das faschistische Ge-
richt verhängte auf Befehl der Lappo-Banden im Herbst vor
Jahren ein Verbot gegen unsere finnische Jugendbewegung.
Es fanden deshalb gegen das neue Verbot des Fas-
chismus an der revolutionären Arbeiterbewegung illegale Jugend-
arbeiter-Demonstrationen statt.

Gomjets über China

Zusammentritt der Arbeiter, Bauern- und Soldaten-
komitees

Peking, 7. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Somit tritt der schiffliche Gomjet-Delegierten-
Kongreß zusammen, der ursprünglich für den 11. Dezember
1930 festgesetzt war, aber infolge des realistischen Feldzug
Tschang-Kiafs gegen die Sowjetgebiete verschoben werden
musste. Am 7. Februar ist der Tag der dritten Unterbrechung
des Eisenbahngeneralstreiks in China im Jahre 1922. Seit
5 Jahre nach dem ersten Aufbruch des jungen chine-
sischen Proletariats auf der Arena des internationalen
Klassenkampfes werden die Arbeiter und Bauern ganz
China ihre Kampftrakt mit Ausbeutungen und Demokra-
tionen geführt. Sie werden erneut das Verbot ablegen, das
zum unglücklichen Ausgang der Militärkämpfe, der
Kommunisten, bis zum Sieg durch die parlamentarische Revolution
zu kämpfen.